

# Haushaltsrede des Vorsitzenden der CDU Stadtratsfraktion

**Dr. Peter Uebel**

**zum Haushalt 2022 am 13.12.2021**

-es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

sehr geehrte Damen und Herren,

erneut findet unsere Stadtratssitzung zum Haushalt 2022 unter einer denkbar schlechten Voraussetzung statt. Die Pandemievorkehrungen des Stadtvorstandes lassen weiter eine normale Präsenzsitzung nicht zu und viele Stadträte sind nur digital zugeschaltet.

Die Pandemie belastet aber nicht nur das parlamentarische Gefüge, sondern vielmehr grundsätzlich das Leben aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Vorweg darf ich hier nochmals allen danken, die in welchem Bereich auch immer, sei es bei der Feuerwehr, Polizei, Gesundheitsversorgung, Pflege, Verwaltung, Nachbarschaftshilfe, die sich in diesen schweren Zeiten für die Stadtgemeinschaft einbringen und engagieren.

Danken möchte ich eingangs auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei mit dem Kämmerer Herr Schwarz für die Erstellung dieses Haushaltes.

Der Haushalt für das kommende Jahr zeigt im Ergebnis einen erneut dramatischen Fehlbetrag von rd. 110Mio €. Das vorhandene Eigenkapital schmilzt weiter ab, von rd 1,1Mrd € 2009 auf jetzt nur noch knapp 100Mio € und die Gesamtverschuldung steigt auf 1,6 Mrd €.

Unverändert haben wir einen Anstieg der Ausgaben, insbesondere im Bereich der sozialen Sicherung. Und zwar Ausgaben, die vielfach durch gesetzliche Vorgaben den Gemeinden aufgebürdet sind, aber nicht gegenfinanziert. Das strukturelle Defizit steigt hier auf 173Mio € an, eine Zunahme von ca. 8Mio € gegenüber dem Vorjahr.

Zusätzlich kommen aus anderen Bereichen Kostensteigerungen hinzu: Ich erinnere nur an das neue Kitagesetz oder den durch einen erheblichen Einbruch an Fahrgastzahlen bedingten, nicht ausreichenden Verlustausgleich im ÖPNV. Zwar ist dies mittlerweile zu einer Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung erklärt, aber den Haushalt belastet es unverändert.

Die Angst vor einer Zinserhöhung nimmt zu, auch wenn Zentralbanken und Finanzmärkte das Risiko als gering einschätzen. Zumindest haben wir wirtschaftlich unsichere Rahmenbedingungen. Dies auch durch nicht vorhersehbare, pandemiebedingte Mehrausgaben oder Mindereinnahmen. Ich darf hier auch an unser kommunales Klinikum erinnern. Nicht nur, dass hier eine Hauptlast der Pandemiebekämpfung getragen wird, es arbeitet unter diesen Bedingungen auch deutlich defizitär. Dann stellt sich für uns als Stadt vielleicht irgendwann die Frage nach unserer wirtschaftlichen Verantwortung. Ich nenne hier nur die erheblichen Subventionen, die die Stadt Mannheim für ihr Klinikum leistet.

Meine Damen und Herren,

die Finanzausstattung der Kommunen ist nicht ausreichend. Im laufenden Jahr hatten rd. 40% der rheinland-pfälzischen Gemeinden trotz Kompensationszahlungen für Steuerausfälle von Bund und Land, keine Möglichkeit den Haushalt auszugleichen. Die Pro-Kopf-Verschuldung in Rheinland-Pfalz ist mit 3.035€ der höchste Wert im Vergleich der Flächenländer. Damit haben wir das Saarland als bisherigen Spitzenreiter in der Pro-Kopf-Verschuldung abgelöst.

Von den 20 am meisten verschuldeten Städten Deutschlands liegen nach der Bertelsmann Studie 11 in Rheinland-Pfalz. Man kann es nicht oft genug betonen.

Das rheinland-pfälzische Verfassungsgericht hat am 16. Dezember 2020 innerhalb von 8 Jahren zum zweiten Mal den kommunalen Finanzausgleich für verfassungswidrig erklärt. Dem Land wurde aufgetragen, bis zum 1. Januar 2023 eine neue kommunale Finanzierungsordnung vorzulegen, bei der unter anderem eine Bedarfsermittlung durchzuführen ist. Ob dazu seitens des Landes die tatsächliche Bereitschaft besteht, wage ich zu bezweifeln.

Thema Altschulden: Ich bin gespannt, was die Ampel auf Bundesebene hier beschließt. Eine bundeseinheitliche Lösung ist eher unwahrscheinlich. Warum sollten Bundesländer, übrigens gleich welcher politischen Colour, die ihre Kommunen ausreichend beim Abtragen der Altschulden unterstützt haben, warum sollten diese jetzt die Hausaufgaben für Rheinland-Pfalz erledigen. Ich glaube, diesem Wunschdenken sollten wir nicht verfallen. Der Ball bleibt weiter beim Land liegen.

Insofern ist hier die Landesregierung gefordert: Und dies sowohl mit ausreichenden und bedarfsorientierten jährlichen Zuwendungen als auch einer Lösung der Altschuldenproblematik.

Aber jetzt wird die Situation noch verfahrenere: Anstatt sich zur Verantwortung für die Kommunen zu bekennen, schickt man die Vizepräsidentin der Landes-Aufsichtsbehörde, um uns auf Kurs zu bringen.

Im Vortrag der ADD im Hauptausschuss am 23.11. wurde mit keiner Silbe die Verantwortung des Landes genannt. Mit keiner Silbe. Es wurde zwar als inhaltslose Überschrift der „Beitrag des Landes“ erwähnt, ebenso das Urteil des Verfassungsgerichtes. Aber keine Angabe, ob und wie man hier unterstützen wird.

Im Gegenteil, es erfolgte ein Bündel an Forderungen, die wir angehen sollen, um unseren Haushalt auszugleichen.

Und ja, und da bin ich bei Frau Herrmann, wir müssen über verschiedene Aspekte reden. Realistische Haushaltspläne – das bringt keine Einsparung, schafft aber einen klareren Blick. Einsparungen auch im pflichtigen Bereich. Es wird ja sonst immer nur von Sparmaßnahmen im freiwilligen Bereich gesprochen. Sie regt an, Standards zu überprüfen, im Bereich Bauen, Soziales, Jugend, Kooperationen städtischer Einrichtungen. Sie regt Strukturdebatten an für einzelne Einrichtungen, wie Ausländerbehörde, Zulassungsstelle, Jugendamt. Alles nachzulesen in ihrer Präsentation vom November.

Deshalb Herr Kämmerer Schwarz, ein Bündel an Maßnahmen wird hier angerissen. Jetzt hat die OB ja gleich in ihrer Verteidigungsrede im Hauptausschuss alles abgetan und als bereits laufend deklariert. Alles, was die Vizepräsidentin ihnen ins Stammbuch geschrieben hat. Im heute vorgelegten Haushalt ist davon allerdings nichts beschrieben.

Das Einzige was ihnen dabei einfällt, ist die Erhöhung der Grundsteuer. Ansonsten keinerlei Vorschläge, kein Gesamtkonzept, dass zur Konsolidierung des Haushaltes führen würde. Gegenüber den einzelnen Fraktionen hier im Rat, keinerlei Gesprächsangebote um ein solches Gesamtkonzept zu entwickeln. Dabei gab es mal eine auch politisch besetzte Konsolidierungs-Arbeitsgruppe. Ich muss sagen, dass wir hier enttäuscht sind von der wenig kreativen Vorgehensweise der Verantwortlichen.

Das Einzige was ihnen eingefallen ist, ist also die Erhöhung der Grundsteuer. Würde knapp 8 Mio € pro Jahr mehr bringen. Also hätten wir dadurch unseren Schuldenberg von 1,6Mrd € in knapp 200 Jahren abgetragen. Hervorragend.

Sie kommen mit dieser Erhöhung in einer Stadt, deren soziale Struktur seinesgleichen in Rheinland-Pfalz sucht. Das behaupte ich jetzt, es gibt ja keine validen Vergleichsmessungen. Sie kommen jetzt und rechnen vor, dass ein Einfamilienhaus in der Gartenstadt rund 100€ Mehrbelastung im Jahr hat. Das nennen Sie, obwohl sie genau wissen, dass die, denen es weh tun wird und die die eigentlich Betroffenen sind, in Mietswohnungen leben und oftmals nicht wissen, wie sie die Miete zum Monatsende bezahlen sollen.

Sie fordern diese Erhöhung in einer Zeit, in der die Mieten im nächsten Jahr teils um 5% steigen werden, Nebenkosten mit Strom und Gas explodieren und die Inflation den Supermarkteinkauf verteuert. Der AWO Vorsitzende Holger Scharff hat ja gerade diese Kostensteigerungen in der Presse angeprangert. Er hat vom hohen finanziellen Druck vieler Privathaushalte gesprochen. Deshalb bin ich mal auf die Glaubhaftigkeit der SPD gespannt.

Nochmal zum Verständnis: Jetzt wollen Sie tatsächlich einen verfassungswidrigen Haushalt, in dem das Land nicht ausreichend subventioniert, jetzt wollen sie tatsächlich, dies auf dem Rücken der Ärmsten unserer Stadtgesellschaft ausgleichen. Herr Schwarz und Frau Oberbürgermeisterin, bitte erklären sie das den GAG Mietern.

Nein, mit der CDU wird es in diesem Bereich keine einseitige Steuererhöhung geben. Und ich kann nur appellieren: Wir würden mit dieser Steuererhöhung zum jetzigen Zeitpunkt die Falschen treffen. Die Armutsspirale wird zunehmen.

Ihre einzige vorgesehene Maßnahme der Grundsteuererhöhung ist so nicht durchsetzbar.

Jetzt geht es an die freiwilligen Leistungen. Das ist immer so die letzte Drohgebärde um Gefügigkeit zu erzielen. Und ich kann Ihnen nur sagen: Wenn Sie Schwimmbäder schließen müssen, den Vereinen und sozialen Einrichtungen nichts mehr bezahlen werden, die Kultureinrichtungen zurückfahren, dann ist das ihre ganz eigene Verantwortung. Wir werden Sie daran messen, ob sie für das nächste Jahr einen Haushalt verabschieden können, der konsent ist. Oder ob sie historisch einmalig in unserer jüngeren Stadtgeschichte, keinen tragfähigen Haushalt hinbekommen. Für die Folgen tragen die Oberbürgermeisterin und der Kämmerer die Verantwortung. Und aus dieser Verantwortung werden wir sie nicht entlassen. Deshalb kann ich ihnen nur raten, vertreten sie endlich die Interessen der Stadt, seien sie konsequent gegenüber dem verfassungswidrigen Finanzausgleich und suchen sie hier vor Ort den politischen Kompromiss.

Den haben sie bisher nicht. Sie haben kein Gesamtkonzept, keine weiteren Stellschrauben. Ich sehe auch die Bemühungen der verschiedenen politischen Antragssteller, mit den Ergänzungsanträgen einen gangbaren Weg zu finden. Danke hierfür. Und jeder der Anträge hat ja auch was für sich. Und doch müssen wir vermehrt die Verteilungsgerechtigkeit und die sozialen Aspekte berücksichtigen.

Die CDU hat die Bereitschaft, ein Gesamtkonzept auf den Weg zu bringen. Und das möchte ich hier nochmals festhalten: Ein Gesamtkonzept, welches die eingangs genannten Punkte und andere Realsteuern betrifft. Ich werde nachher einen entsprechenden Ergänzungsantrag formulieren. Diese Initiative hätte eigentlich von Ihnen, Herr Schwarz oder Frau Steinruck ausgehen müssen.

Bei einem Gesamtkonzept werden sie uns an Ihrer Seite haben.

Im Übrigen lehnen wir die Vorlage zur Grundsteuererhöhung ab und damit den jetzt in dieser Form vorgelegten Haushalt.

Danke.